

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen müssen die Verantwortlichen mit der Verantwortung für die Veröffentlichung übernehmen. — Erscheinungswort: Sonntag — Freitag Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen müssen die Verantwortlichen mit der Verantwortung für die Veröffentlichung übernehmen. — Erscheinungswort: Sonntag — Freitag Nr. 23.

Entgelt: Einmalige Anzeigengebühren. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 151

Donnerstag, den 2. Juli 1931

26. Jahrgang

## Noch immer nur Frankreich...

Washington und die Verhandlungen mit Frankreich — Neue Aktion Hoovers zur Entlastung Deutschlands — Frankreichs Senat billigt die französische Antwort

Washington, 30. Juni. Im Weißen Hause wurde die übliche Pressekonferenz für heute abgesetzt. In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die Lage zur Zeit ernst und unbestimmt sei, da Frankreich als einziger Gläubigerstaat sich bisher weigere, an einer großzügigen internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Bei allem ehrlichen und ernstlichen Bemühen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man hier kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den klaren Sinn des Hoover-Plans über Bord zu werfen. Man lehnt selbstverständlich eine amerikanische Garantie für die Heiligkeit des Young-Plans ab, und man erklärt es für widersinnig, von Deutschland, dessen verzweifelte finanzielle Lage überall zugesehen werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unausschließbaren Teils ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Frist zurückzahle. Hoover besprach die Lage heute in einer längeren Kabinettsitzung, an der Castle und Mills teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telefoniert hatte. In parlamentarischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Bestätigung jedoch nicht zu erlangen ist, besagen, daß Hoover nicht nachgeben, aber auch Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland nötigenfalls ohne Frankreichs Mitwirkung helfen könne. Als hilflos werden die Weibungen bezeichnet, nach denen man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsche. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde. In Erinnerung daran, daß Kellogg bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im August 1928 Frankreich und Irland, aber nicht London bejahte, wird in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit erwogen, daß im Falle eines Scheiterns der Pariser Verhandlungen Hoover Stimson anweisen könnte, nicht nach Paris zu gehen. In der diesigen Presse teilt man die pessimistische Auffassung der Lage nicht in diesem Maße. Die republikanische „Washington Post“ und die demokratische „Baltimore Sun“ vertreten den Standpunkt, daß man Frankreich Zeit geben müsse und eine Einigung sich schließlich doch erzielen lassen werde.

### Abschluss der Senatsdebatte über den Hoover-Vorschlag

Paris, 30. Juni. Der Senat hat am Schluss der Debatte über die französische Antwort zu dem Hoover-Vorschlag nach den Erklärungen des Finanzministers Hlandin und des Ministerpräsidenten Dabal eine Entschliessung des Senats verabschiedet mit 197 gegen fünf Stimmen angenommen, die lautet: Der Senat ist der Ansicht, daß die Wahrung der Verträge und Abmachungen die einzige Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Zugeständnisse aller Art, die Frankreich seit 18 Jahren zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zugunsten der Wiederherstellung der Eintracht und der europäischen Wirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

### Die kritischen Punkte

Washington erhofft baldige Einigung mit Frankreich

Washington, 30. Juni. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, der Streit mit Frankreich drehe sich nur um folgende Punkte: Amerika wolle, daß die deutsche Regierung den ungeschätzten Teil alsbald in voller Höhe zu Budgetzwecken zurückhalte; 2. daß die Rückzahlung dieses Kredits in 25 Jahren erfolge. Man deutete zu diesem Punkte an, daß man eventuell auf eine kürzere Zeit, etwa 10 oder 15 Jahre, heruntergehen werde, nicht aber auf fünf Jahre. 3. Die Frage des Garantiefonds gehe nicht Amerika an. Diese Angelegenheit müsse Frankreich mit den übrigen Youngplan-Gläubigern regeln. Zusammenfassend wird erklärt, man sei nicht entmutigt, sondern erhoffe eine baldige Einigung, da ein Fehlschlag katastrophal wäre.

### Italien verwirklicht den Hoover-Plan

Washington, 30. Juni. Die italienische Regierung ließ durch ihren höchsten Botschafter dem Staatsdepartement mitteilen, daß Italien zum 1. Juli

ab auf die ihm von den Schuldnerländern zustehenden Zahlungen vorläufig verzichten werde.

### „Dieses Schauspiel wird die Welt nicht wieder erleben“

Eine offizielle amerikanische Rundgebung über die Verhandlungen mit Frankreich

Washington, 30. Juni. Von hoher Regierungseite wurde heute zum Hoover-Plan mitgeteilt: Unserer Ansicht nach bedeutet der Ausschub aller Zahlungen auf ein Jahr keinen Angriff auf die internationalen Verträge. Jedenfalls werden sie dadurch nicht ungültig. Hoovers Proklamation hatte alsbald segensreiche Folgen in der ganzen Welt, und alle wichtigeren Nationen außer Frankreich stimmten vollinhaltlich oder prinzipiell zu. Frankreich hat nicht einmal prinzipiell zugestimmt. Zuerst verlangten die Franzosen die doppelten Zahlungen im nächsten Jahr. Das war unannehmbar, und wir schlugen, um Frankreichs Wunsch nach Unverletzlichkeit der internationalen Verträge entgegenzukommen, vor, daß Deutschland zwar den unausschließbaren Teil zahle, das Geld aber sofort als Kredit zurückbekomme. Frankreich verlangt nun, daß der obige Kredit an Deutschland nicht der Reichsregierung, sondern gewissen deutschen Industrien gegeben werde. Wir betrachten einen derartigen Vorschlag als rein politisch und nicht dem Hoover-Plan entsprechend, denn die Reichsregierung braucht den vollen Betrag zur Stärkung ihres Budgets. Wir sind durchaus bereit, auch anderen Nationen zu helfen. Vor allem aber muß Deutschland zunächst wieder auf die Füße kommen. Dann kam die Frage des Garantiefonds. Frankreich verlangte, daß im Falle eines deutschen Moratoriums nicht es, sondern Deutschland diesen Fonds einzahlen solle. Wir würden es aber als entgegen dem Hoover-Plan betrachten, wenn die gegenwärtige Hilfsaktion dazu benutzt würde, um Deutschland doppelte Last aufzubürden. Die Verhandlungen mit Frankreich sind nicht abgebrochen, wir sind nicht entmutigt, sondern hoffen auf eine Einigung. Wegen der Sachlieferungen dürften sich Deutschland und Frankreich dahin einigen, daß nur die laufenden Verträge ausgeführt werden. Unsere Bedingungen sind nicht schwer.

Wir haben in der Frage des Kredits nachgegeben und verlangen nur, daß er im ganzen Umfange der Reichsregierung und für möglichst lange Zeit gegeben werde, aber fünf Jahre sind zu wenig. Auf die Frage, ob Gefahr bestehe, daß Frankreich zur Erzwingung des Young-Plans in Deutschland einrücken würde, wurde geantwortet: „Dieses Schauspiel wird die Welt nicht wieder erleben!“

Fortsetzung der Pariser Verhandlungen heute nachmittag

Paris, 1. Juli. Die französisch-amerikanischen Besprechungen sollten heute vormittag wieder aufgenommen werden. Nach dem „Echo de Paris“ sind sie jedoch auf nachmittags 3 Uhr verschoben worden, weil Schatzminister Mellon um diese Frist gebeten habe, damit er noch einmal mit Washington nach der gestrigen Senatsdebatte sich ins Benehmen setzen kann.

### Kurzer Erholungsurlaub des Kanzlers

Vorher muß aber über den Hoover-Plan entschieden sein

Berlin, 30. Juni. In einem Berliner Abendblatt wird angekündigt, daß Reichskanzler Dr. Brüning am Sonntag für acht Tage in Urlaub gehen würde. Daran ist richtig, daß der Kanzler in der Tat die Möglichkeit hat, sich wenigstens kurz zu erholen, ehe die internationale Aussprache in den verschiedenen Versuchen und Gegenbesuchen fortgesetzt wird. Auch die innerpolitischen Auseinandersetzungen über die Kassenordnung dürften ja in absehbarer Zeit beginnen und ebenfalls starke Anforderungen an Dr. Brüning stellen. Wie lange der Kanzler von Berlin abwesend sein wird, steht allerdings noch nicht fest, sondern hängt davon ab, wie sich der Kampf um den Hoover-Plan weiter entwickelt. In Berliner politischen Kreisen läßt man weiter Zurückhaltung. Man hofft, auch trotz der Zuspitzung zwischen Paris und Washington, daß schließlich doch ein Ergebnis im Sinne der amerikanischen Anregung dabei herauskommen wird. Ob die Entscheidung hierüber gefallen ist, kann der Kanzler natürlich Berlin nicht verlassen. Uebrigens hat er auch über den Aufenthaltsort noch nicht bestimmt.

## Auch ohne Frankreich

England und die französisch-amerikanischen Verhandlungen

London, 1. Juli. Die Sorge, mit der die politischen und wirtschaftlichen Kreise Englands der heute in Paris erwarteten Entscheidung entgegensehen, kommt in der Morgenpresse zum Ausdruck. „Daily Herald“ rechnet mit einem Fehlschlag der französisch-amerikanischen Verhandlungen, glaubt aber, daß der Hoover-Plan trotzdem nicht preisgegeben werden wird. Der diplomatische Korrespondent des Blattes schreibt, Präsident Hoover habe Großbritannien, Italien und anderen Staaten den Vorschlag gemacht, daß sie, falls Frankreich die Mitarbeit verweigere, den Plan in Wirklichkeit setzen. Wahrscheinlich würden in diesem Fall die Vereinigten Staaten bereit sein, Deutschland eine Anleihe für die Bezahlung der von Frankreich geforderten Annuitäten zu gewähren. Frankreich müßte natürlich unter diesen Umständen seine Kriegsschulden an Amerika weiterzahlen, und es sei möglich, daß diese französischen Gelder von der amerikanischen Re-

gierung für die Deutschland zu gewährenden Anleihe benutzt würden. Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, sollte Frankreich es unterlassen, Amerika auf halbem Wege entgegenzukommen, so dürfte Präsident Hoover eine äußerste Anstrengung unternehmen, um den Plan zur Rettung Deutschlands und Mitteleuropas vom finanziellen und wirtschaftlichen Chaos ohne französische Mitarbeit durchzuführen. Zu diesem Zweck werde Washington vielleicht um die Mitarbeit von London, Rom und anderen Hauptstädten ersuchen. Der Präsident könnte sogar seinen Aufruf mit dem Argument begründen, daß Staaten, die ihm nicht entsprechen, in Zukunft das Wohlwollen und die Mitarbeit Amerikas verlieren und überdies eine schwere Verantwortung für den Zusammenbruch Deutschlands und Mitteleuropas auf sich laden würden.

### Die künstlerische Bedeutung des Reichsehrenmales

Berlin, 30. Juni. Wie wir erfahren, werden die Bedingungen für das Preisaus Schreiben der Stiftung Reichsehrenmal über die künstlerische Gestaltung des Reichsehrenmales in Form eines Ehrenpaines bei Bad Herka in Thüringen demnächst veröffentlicht werden. Die Bedingungen, die im Einvernehmen mit den Vertretern der Künstler aufgestellt worden sind, sehen einen allgemeinen Ideenwettbewerb vor, an dem sich jeder künstlerisch tätige Deutsche beteiligen kann. Die Vorschläge sollen sich im Rahmen der durch die Art der Zeit und die innere Natur der Aufgabe ge-

botenen Einfachheit halten. Die Frist zur Einreichung von Vorschlägen ist bis zum 31. Dezember d. J. bemessen. Aus den eingehenden Arbeiten wird ein Preisrichterkollegium von 17 Herren, in dem die Vertreter der Künstlerchaft die Mehrheit bilden, die 20 besten Arbeiten auswählen. Die Urheber dieser Arbeiten werden aufgeföhrt werden, gegen feste Vergütung von je 1000 RM ausgearbeitete Entwürfe einzureichen, von denen die besten mit Preisen von insgesamt 10000 RM ausgezeichnet werden sollen.

Das amtliche Ergebnis des Stahlhelmwettbewerbens Berlin, 30. Juni. Der preußische Landeswahl-ausschuß hat die Prüfung der Eintragungen zum Stahlhelmwettbewerb auf Ausführung des preußischen Land-